



**FDP-Fraktion  
im Rat der Stadt Essen**

**Haushaltsrede am 23.11.2016  
zum Doppelhaushalt 2017/18**

**SPERRFRIST BIS NACH DEM ENDE DER  
GEHALTENEN REDE**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,**

Oberbürgermeister Thomas Kufen beendet die von ihm gehaltenen Grußworte und Festreden auch auf meinen persönlichen Wunsch hin mit dem in unserer Region fest verwurzelten Bergmannsgruß „Glück auf!“. Wem es nicht bekannt ist, dem sei erklärt, dass „Glück auf!“ die Einkürzung folgender Grußformel ist: „Ich wünsche Dir Glück! Tu einen neuen Gang auf!“

Mit dem nun vorliegenden Doppelhaushalt 2017/18 beschreiten auch wir im Essener Rat einen neuen Gang – vorab sei also gesagt: Für unsere Beschlüsse wünsche ich viel Glück!

Seit 1992 stehen wir erstmals vor diesem Rat und verabschieden einen ausgeglichenen Haushalt.

Einen ausgeglichenen Haushalt, der nur vorgelegt werden konnte durch den konsequenten Konsolidierungskurs des Vierer-Bündnisses in den Jahren 2009 bis 2014 unter maßgeblicher Beteiligung der Freien Demokraten im Essener Rat.

Ein ausgeglichener Haushalt, der wieder Handlungsoptionen zulässt, die in den letzten Jahren verbaut waren. Allerdings wissen wir genau, ob der Schwierigkeiten durch die wir gehen mussten – so unterschritt mit dem Stichtag 31.12.2015 erstmals das Eigenkapital die Null-Linie und befindet sich mittlerweile bei einem Minus von rund 420 Millionen Euro.

Hier ist eindeutig festzuhalten, dass die Klieve-Kurve planerisch eine andere Fahrt nehmen sollte. Der immer noch extrem hohe Schuldenstand in der Kernverwaltung von über 3 1/2 Milliarden Euro und in den Beteiligungsgesellschaften von über 2 Milliarden Euro zeigt sehr deutlich wie eingeschränkt die oft vermeldeten Spielräume tatsächlich sind.

Es gilt, das bereits vorab gesagt, vorhandene Liquidität dort einzusetzen, wo es längst überfällig ist: in Schulen, in den Ausbau von Kindertagesstätten, in der Verkehrsinfrastruktur und der allgemeinen Stadtentwicklung. Darüber hinaus ist uns Freien Demokraten schon allein aus Gründen der Generationengerechtigkeit der Schuldenabbau ein Herzensanliegen.

Neben den Einsparungen basiert der Haushaltsausgleich der kommenden Jahre maßgeblich auf den Mitteln des Stärkungspakts Stadtfinanzen und den in allerletzter Minute eingetretenen Mittelzuweisungen von Bund und Land – die Geschenke zu bevorstehenden Wahlen lassen grüßen.

Dennoch sage ich ganz deutlich, dass wir Liberale diese Mittelzuweisungen noch als völlig unzureichend ansehen. Dies sind also keine Geschenke, sondern es ist die Pflicht von Bund und Land dem Konnexitätsprinzip gerecht zu werden und die Kommunen im Land nicht auf den Kosten von Beschlüsse und Vorgaben Dritter sitzen zu lassen.

Zu unserem großen Bedauern hat der Rat in der aktuellen Wahlperiode nicht gänzlich auf Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichtet, ich erinnere an die deutliche Erhöhung der Grundsteuer im letzten Haushalt.

Wir Freien Demokraten haben und werden auch weiterhin alles dafür tun, dass eine Steigerung der Belastungen für Essener Bürger und Unternehmen unterbleibt. Nach unserer Auffassung ist die Obergrenze hier auf Jahre erreicht, weswegen wir selbstverständlich jegliche Anträge auf Steuererhöhungen von vorneherein ablehnen werden.

Mit dem nun zu verabschiedenden Haushalt ist unserer Auffassung noch verantwortungsbewusster umzugehen als zuvor. Dieser Haushalt verpflichtet uns, neben dem Blick auf unsere Verbindlichkeiten auch die weitere Entwicklung unserer Stadt nicht aus den Augen zu verlieren.

Wir erwarten zum einen, dass zukünftige Haushalte, die nach den Prognosen eine weitere positive Entwicklung nehmen, den Schuldenabbau konsequent berücksichtigen.

Die im Haushaltsanierungsplan prognostizierten Überschüsse der nächsten Jahre müssen konsequent für die Tilgung von Kassenkrediten genutzt werden.

Wir haben also nach wie vor kein „Spielgeld“ zur Verfügung um ideologische Wunschvorstellungen zu bedienen, sondern wir müssen vielmehr achtsam und verantwortungsbewusst die vor uns liegenden strukturellen Maßnahmen anpacken.

Zum anderen ist es nun an der Zeit, die positive wirtschaftliche Ausgangslage in verantwortungsvolle Stadtentwicklung umzusetzen. Hier erlaube ich mir eine kurze Auflistung.

Zur Stadtentwicklung gehört nach unserer Auffassung eine breit angelegte Kulturlandschaft. Es sind nach wie vor alle fünf Sparten am Netz. Philharmonie, Theater, Tanz, Oper und Ballett sind Aushängeschild unserer Stadt mit internationalem Renommee.

Gleiches gilt für die facettenreiche und innovative freie Kulturszene. Das Brauchtum in seiner ganzen Breite ist von der Europäischen Union als immaterielles Kulturgut anerkannt und gehört deshalb auch für unsere Heimatstadt Essen an dieser Stelle genannt.

Unser Dank gilt Oberbürgermeister Kufen und Stadtkämmerer Klieve, dass wir das kulturelle Angebot langfristig auf diesem hohen Niveau auskömmlich sichern werden.

Davon abgesehen fehlt uns nach wie vor ein tragfähiges Konzept für das von vielen Seiten gewünschte Schaustellermuseum, das nach wie vor an der Hachestraße ein trauriges Dasein fristet. Hier fragen wir uns, warum, wie in vielen anderen Bereichen, mit großem „Tamtam“ und hohen Kosten externe Gutachten für Umsetzungen in Auftrag gegeben werden ohne dass diese anschließend erfolgt.

Zukunftsorientiert aufstellen wollen wir Freien Demokraten auch den Bereich der Stadtbibliothek. Eine höhere Flexibilität im Sinne der Kunden, die Einbindung neuer Medien und der bereits andiskutierte Bücherbus sind ein gangbarer Weg.

In den vergangenen Jahren sind einzelne Maßnahmen des Masterplans Sport und des Bäderkompromisses im Groben zur allgemeinen Zufriedenheit der Politik und der Sportvereine umgesetzt worden.

Wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass wir einen wirtschaftlich sinnvollen Schwimmbadneubau in Essen realisieren.

Auf der Prioritätenliste für die kommenden Jahre muss die Vitalisierung des Gruga-Bads einen vorderen Platz einnehmen. Wir können nicht mehr weiter zusehen, wie das weit über die Grenzen von Essen bekannte Bad in Substanz

und Ansehen in sich zerfällt. In den kommenden Haushalten sind nach unserer Auffassung Investitionen unabdingbar um den derzeitigen Sanierungsstau nicht weiter anwachsen zu lassen. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Zukunft der Freibäder Kettwig und Essen-Ost. Hier werden nach wie vor zukunftsfähige Lösungen gesucht, die den allgemeinen Besucherschwund stoppen und zukünftig eine verträgliche Finanzierung gewährleisten. Die im Bäderkompromiss vorgesehene Lösung für das Stadtbad Borbeck ist unserer Meinung nach zu überdenken und, so finanzierbar, ein Neubau zu realisieren.

Die Modernisierung unserer ungedeckten Sportplätze zu Kunstrasenplätzen wird weiter fortgeführt, wir begrüßen es, dass nunmehr auch Sportvereine, für die keine „2 zu1“-Lösung in Betracht kommt, nicht länger zurück stehen. Sorgen bereitet uns hier, dass es keine Rücklagen für die Sanierung bereits vorhandener Kunstrasenplätze gibt, allein die Entsorgung abgespielter Plätze wird immens teuer.

Weiterhin bleibt ein hoher Sanierungsbedarf bei den Sporthallen in unserer Stadt. Hier müssen in Zusammenarbeit von SBE und Schulverwaltung die notwendigen Baumaßnahmen erarbeitet und sukzessive in den nächsten Jahren angegangen werden.

Die Fortschreibung des Sonderinvestitionsplans ist aus den genannten Gründen daher unabdingbar, damit die Funktionsfähigkeit aller Sportanlagen wieder hergestellt und langfristig erhalten werden kann.

Sanierungsstaus müssen der Vergangenheit angehören. Es gilt innovative Wege zu beschreiten bei der Konzeptionierung von Sportstätten. In diesem Zusammenhang unterstützen wir ausdrücklich das Engagement des SC Frintrop auf der Sportanlage Schemmannsfeld. Unter Mitwirkung vieler sozialer Einrichtungen soll hier eine integrative Sportanlage geschaffen und betrieben werden. Ein Projekt mit Vorbildcharakter für die ganze Region.

Bildung ist für uns Freien Demokraten das wichtigste Instrument, um jungen Menschen bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen, einen erfolgreichen Start in die berufliche Zukunft eigenverantwortlich gestalten zu können.

Die Stadt Essen muss alle Anstrengungen unternehmen, für die notwendige Infrastruktur und zukunftsorientierte Ausstattung unserer Schulen zu sorgen.

Baustellen gibt es genug – seit Jahren diskutieren wir über den unbefriedigenden Zustand der Schultoiletten, der Schulturnhallen und der Schulhöfe. Zusammen mit den Landesmitteln des Projekts „Gute Schulen 2020“ müssen im städtischen Haushalt langfristig investive Mittel im Schulbereich bereit gestellt werden.

Entgegen früherer Prognosen erleben wir rasant steigende Schülerzahlen, denn nicht nur der Zuzug von Flüchtlingskindern sondern auch das Wachstum der Bevölkerung nimmt zu.

Anpassungen an den Schulentwicklungsplan waren und sind daher unverzichtbar.

Wir Freien Demokraten wollen auch zukünftig die Wahlfreiheit der Eltern durch ein breit gefächertes Schulformangebot sichern. Nicht ideologische Zwänge erbringen beste Förderung des einzelnen Kindes, sondern eine individuelle Betreuung nach den Bedürfnissen und Stärken der Schülerinnen und Schüler.

Die anstehende Entscheidung über die Gesamtschule Süd wird zu einem Prüfstein. Wir wenden uns ausdrücklich gegen eine Neuauflage eines gescheiterten Standortes für diese Schulform.

Die Integration der Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger wird uns über die nächsten Jahre massive Anstrengungen kosten.

Ebenso wird für die Inklusion weiterhin hohe Investitionen in Schulbauten vorgenommen werden müssen, ein Fakt, der gleichermaßen für weitere kommunale Immobilien gilt. Auch hier ist in den letzten Jahren ein massiver Renovierungsstau angefallen. Nach unserer Auffassung müssen wir uns von Gebäuden trennen, die den aktuellen und zukünftigen Anforderungen eines modernen Gebäudemanagements nicht mehr gerecht werden. Die durch den Verkauf von Gebäuden und Flächen frei werdenden finanziellen Mittel sind in die Unterhaltungsmaßnahmen zu investieren.

Die Prioritätenliste, die sich mit dem Abriss alter, nicht mehr benötigter Gebäude befasst, muss weiter abgearbeitet werden. Hier müssen Mittel bereit gestellt werden um diese Flächen vermarktungsreif zu machen. Wir Freien Demokraten wollen auf die Unterstützung privater Immobilienmakler zurückgreifen, um die Stadtentwicklung konsequent nach vorne zu bringen.

Weiterhin sind wir davon überzeugt, dass ein technisches Rathaus, also ein funktionales Verwaltungsgebäude in unmittelbarer Nähe des bestehenden Rathauses, benötigt wird. Dieses schafft die Möglichkeit, mit hohen Kosten verbundene Drittobjekte abzumieten und den Bürgerinnen und Bürgern kurze Wege zu ermöglichen und einen auf lange Sicht wirtschaftlichen Effekt zu erzielen.

Dieses ist auch notwendig um weiterhin die Strukturverbesserungen für die gesetzlich vorgeschriebene Kinderbetreuung vornehmen zu können. Wir lassen nicht locker, auch bei investiven Kosten Land und Bund in die Verantwortung zu nehmen. Wer die Musik bestellt, hat sie auch zu bezahlen.

Das gleiche gilt im Übrigen auch für Gesetzesinitiativen, die den ÖPNV betreffen. Die durch Gesetz vorgegebene Barrierefreiheit an den EVAG- Haltestellen bis 2020 ist aus unserer Sicht nicht umsetzbar. Nicht umsetzbar deshalb, weil die im kommunalen Bereich zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen werden, alle Haltestellen entsprechend umzurüsten. Hier fehlt es an Zeit, Geld und Personal, von örtlichen Problemfällen mal ganz abgesehen.

Bereits in meiner letzten Haushaltsrede habe ich zu diesem Thema zu „zivilen Ungehorsam“ aufgefordert.

Den geplanten Weg zur Modernisierung der Fahrzeugflotte für Straße und Schienen gehen wir mit, zumal wir uns daraus ein nicht unerhebliches Einsparpotenzial für die nächsten Jahre vorstellen können. Das zeitliche Ziel der Umstellung allerdings – so wie es in der Zeitung stand – halten wir für sehr ambitioniert und aufgrund der Finanzlage nicht umsetzbar.

Der Weg des gemeinsamen Verkehrsunternehmens MH/Essen ist der Richtige. Zukünftig sollten hier weitere Partner gesucht werden.

Über viele Jahre hat die Stadt Essen in der Verkehrsinfrastruktur einen Substanzverlust erlitten. Das mit dem nun vorliegenden Haushalt höhere Mittel bereit gestellt werden, trifft auf volle Zustimmung unserer Fraktion. Verkehrspolitik muss die Belange aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigen. Daher gilt es, Straßen, Fußwege und unsere Brücken wieder instand zusetzen.

In diesem Zusammenhang weist unsere Fraktion – wie im übrigen seit Jahren – auf die allgemein ungenügende Verkehrsinfrastruktur in unserer Stadt und in



unserer Region hin. Gerade die Verweigerungshaltung der GROKO in unserer Stadt zu den Planungen für die A52 führt u.a. dazu, dass täglich Meldungen über Rekordstaus zu verzeichnen sind. Es führt auch weiterhin dazu, dass sich der Verkehr in die Stadt verlagert und somit täglich lange Staus auf der Ruhrallee, Gladbecker Straße und weiteren innerstädtischen Durchgangsstraßen entstehen.

Dies lässt sich auch nicht durch die favorisierten Radautobahnen beheben. Die FDP Fraktion wird weiterhin die Umwandlung von Bahntrassen in Rad- und Fußwege unterstützen, sehen aber die Schwerpunkte der Verkehrsentwicklung im Straßenbereich.

Obwohl wir in den letzten Jahren in den Bereichen Grün & Gruga, Kultur und Sport immer wieder fiskalisch nachbessern mussten, reichten die Mittel in letzter Konsequenz nicht aus, um den Aufgabenkatalog zu erfüllen.

Der nicht genehmigungsfähige Wirtschaftsplan von Grün & Gruga führte in letzter Konsequenz dazu, dass dieser Eigenbetrieb wieder in die Kernverwaltung zurück geführt werden musste. Damit ich richtig verstanden werde, dies ist für uns kein Schritt zur Gesundung von Grün & Gruga, sondern hier werden nur fehlende finanzielle Mittel im allgemeinen Haushalt abgedeckt. Wir Freien Demokraten fordern, diesen Bereich zukünftig finanziell so auszustatten, dass lange heruntergefahrenen Leistungspotenziale wieder den Ansprüchen einer gepflegten Großstadt gerecht werden, besonders im Zeichen der „Grünen Hauptstadt“ 2017.

Aktuell zeichnet sich eine ähnliche Lage bei den Sport- und Bäderbetrieben ab. Gemeinsam mit SPD, CDU und Grünen wollen wir deshalb eine intensive und ergebnisoffene Begutachtung des Sportbetriebes erreichen, um bewerten zu können, wie der Sport in unserer Stadt zukunftsfähig aufgestellt werden muss.

Dies gilt darüber hinaus auch für weitere Beteiligungsgesellschaften unserer Stadt.

Auch hier müssen im Immobilienbereich, im Sozialbereich und bei anderen Gesellschaften Modelle gesucht werden, die die Zukunftsfähigkeit und Handlungsfähigkeit sichert.

Kein Tabu darf es hier sein, gegebenenfalls auch Tochtergesellschaften zusammenzuführen, „Public Private Partnership“-Modelle zu entwickeln oder



auch Beteiligungen im Ganzen zu privatisieren. In der letzten Haushaltsrede haben wir bereits gefordert, dies im Falle der RGE zu tun.

Wir Freien Demokraten setzen uns weiterhin für eine saubere und sichere Stadt ein. Die Erweiterung des Ordnungsdienstes ist der richtige Weg, das so oft verwendete „subjektive Sicherheitsgefühl“ unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Den finanziellen Aspekt haben wir beleuchtet. Nicht außer Acht gelassen werden darf der personelle Aspekt, der ja nicht unwesentlich unsere finanziellen Möglichkeiten bestimmt. In der letzten Wahlperiode wurden die notwendigen Schritte zur Anpassung des Personalschlüssels unternommen. Mangelnde Aufgabenkritik und extern vorgegebene Aufgabenstellungen, wie z.B. die wöchentliche Arbeitszeitregelung der Berufsfeuerwehr und zusätzliche Stellen für Kinder- und Flüchtlingsbetreuung, haben die ursprünglichen Vorgaben geändert. Im Klartext wissen wir: Geeignetes Personal in kurzer Zeit einzustellen ist kaum möglich, hier muss sich unsere Kommune wie auch viele andere Städte wettbewerbsfähiger aufstellen. Es hilft uns wenig, wenn wir als Ausbildungsbetrieb vorgehen und anschließend unser Fachpersonal abgeworben wird. Um attraktive Arbeitsplätze zu schaffen, sollten Kinderbetreuungsplätze, flexible Arbeitszeiten, Home-Office und Karrieremöglichkeiten ausgebaut werden.

Der Fachbereich Soziales ist in diesem Haushalt fiskalisch sauber aufgestellt. Insbesondere Landes- und Bundeszuweisungen haben befürchtete Defizite kurzzeitig gedeckt.

Dennoch sehen wir in diesem Bereich die größten Risiken auf uns zukommen, die zur Sprengung des kommunalen Haushaltes führen können.

Exemplarisch sei hier genannt, dass der Bund nur für 3 Jahre die Übernahme der Kosten der Unterkunft für aus dem Asylleistungsgesetz kommende SGB II-Bezieher gesichert hat.

Zum Ende meiner Rede lassen Sie mich noch einen Gedanken daran verwenden, wie kurzlebig Haushaltsplanungen in den letzten Jahren waren. Nicht nur ich, auch meine Vorrednerinnen und -redner loben den Haushaltsausgleich. Bedenkt man, dass sich allein das Haushaltsjahr 2016 knapp 70 Millionen Euro schlechter

darstellt als geplant, so zeigt dies, dass unsere Konsolidierung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Für dieses Jahr waren es externe Ursachen, hoffen wir gemeinsam das in den nächsten zwei Jahren keine weiteren hinzukommen.

Lars Martin Klieve hat mit Sicherheit schon mal im Traum durchgerechnet, was eine Leitzinserhöhung für den Haushalt der Stadt Essen bedeuten würde.

Ein großer Dank geht abschließend an den Kämmerer, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei sowie den Geschäftsbereichsvorständen und ihren Teams für die geleistete Arbeit die uns diese Momentaufnahme des ausgeglichenen Haushalts ermöglichen.

„Ich wünsche dir Glück! Tu einen neuen Gang auf!“, in den nächsten Jahren haben wir bei allen aufgezeigten Risiken die Chance, neue Gänge aufzutun und den folgenden Generationen die lebens- und liebenswerte Stadt Essen zu übergeben, die wir uns alle wünschen.

Meine Damen und Herren,

Glück auf!